

MUMM vorweg



Freie Lüftung - JETZT!

Die Personalräte machen Druck

18.09.2008

In die Sanierungsbestrebungen für das SIEMENS-Hochhaus ist Bewegung gekommen. Mehr als hundert InteressenvertreterInnen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes waren am 3. Juli 2008 im Gewerkschaftshaus zusammengekommen. Sie appellierten geschlossen an die Bürgermeisterin

Karoline Linnert, dafür zu sorgen, dass künftig die Fenster des SIEMENS-Hochhauses zu öffnen sind. Schließlich läuft der Mietvertrag mit den Eigentümern noch 24 Jahre. Und genauso lange werden Beschäftigte des öffentlichen Dienstes - wer auch immer - in diesen Räumlichkeiten arbeiten müssen.

Frau Linnert zeigte sich beeindruckt. Auch sie sei der Meinung, dass die Möglichkeit, die Fenster am Arbeitsplatz öffnen zu können, Menschenrecht sei. Aber sie hätte ein finanzielles Problem. Schließlich hätte die Gesellschaft für Bremer Immobilien Mehrkosten in Millionenhöhe gegenüber einer ausschließlichen Lüftung mit Klimaanlage berechnet. Und der Eigentümer würde diese Kosten nicht übernehmen.

Die Personalräte ließen diese Argumentation nicht gelten. Die Beschäftigten hätten lange genug die schlechten klimatischen Bedingungen im SIEMENS-Hochhaus ertragen müssen. „Klimatisierte Räume beeinträchtigen die Gesundheit der Beschäftigten. Dieser Effekt ist bekannt als Sick-Building-Syndrom. Deshalb schreiben die Arbeitsschutzvorschriften klimatisierte Arbeitsräume nur unter besonderen Voraussetzungen vor, die beim SIEMENS-Hochhaus jedoch nicht vorliegen.“ heißt es in einer einstimmig gefassten Resolution.



Protest der Beschäftigten im SIEMENS-Hochhaus

Bürgermeisterin Linnert erklärte sich schließlich bereit, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die die Möglichkeiten der freien Lüftung kurzfristig klären soll. Inzwischen hat diese Arbeitsgruppe ihre Arbeit aufgenommen. Die Personalräte sind dabei beteiligt. Ein Ergebnis soll spätestens bis Anfang Oktober 2008 vorliegen.



Bürgermeisterin Karoline Linnert eingerahmt von Doris Hülsmeier und Burckhard Radtke während der Personalräteversammlung am 3. Juli 2008